

Die Armen sind auf die Gerechtigkeit  
angewiesen, die Reichen sind auf die  
Ungerechtigkeit angewiesen,  
das entscheidet.

B. Brecht, Buch über die Unordnung

## Höchstrichterliche Entscheidung des Bundessozialgerichtes zum Verpflegungs- und Bekleidungsgeld als Arbeitsentgelt

Hartwig Müller und Peter Ott

Das Bundessozialgericht (BSG) verhandelte am 9.12.2020 vier Revisionsverfahren über die Anerkennung des Verpflegungs- und Bekleidungsgeldes als Arbeitsentgelt für die Rentenberechnung der früheren Volkspolizisten. An dieser Verhandlung nahm Hartwig Müller als Zuhörer teil.

Nach einer umfangreichen Erörterung der Rechtslage verkündete der 5. Senat des BSG in Kassel die Urteile zu den anhängigen vier Revisionsverfahren. Die Richter entschieden, dass Verpflegungs- und Bekleidungsgeld kein Arbeitsentgelt für die Rentenberechnung sind. Die schriftliche Begründung dieser Urteile liegt seit Mitte März 2021 vor.

### Einiges zur Vorgeschichte:

Das BSG fasste im Urteil vom 23.8.2007 im Rechtsstreit um die Anerkennung der Jahresendprämie für Angehörige der Zusatzversorgungssysteme der DDR als Arbeitsentgelt eine Auslegung des Arbeitsentgeltbegriffs, der auch weitere Zahlungen ermöglichte. Hier ging es um eines der 27 Zusatzversorgungssysteme der DDR.

Dies eröffnete die Möglichkeit der Beantragung zur Überprüfung der Entgeltbescheide bei den Polizeiverwaltungen der neuen Bundesländer. Viele Anspruchsberechtigte des Sonderversorgungssystems der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei und der Organe der Feuerwehr und des Strafvollzuges stellten ihre Anträge auf Überprüfung der Entgeltbescheide nach § 44 SGB X.

Die als Versorgungsträger beauftragten Polizeiverwaltungsämter lehnten diese Anträge mit dem Hinweis auf die fehlende Rechtsgrundlage ab. Daraufhin gab es viele Ablehnungen dieser Anträge mit den nachfolgenden Widerspruchsverfahren und Klagen vor den Sozial- und Landessozialgerichten.

Der Innenminister des Landes Brandenburg entschied nach dem genannten Urteil des BSG bereits 2009, dass diese Zahlungen als Arbeitsentgelt bei der Entgeltberechnung zu berücksichtigen sind. Diese Verfügung forcierte die juristische und politische Auseinandersetzung

in den neuen Bundesländern. Die Landessozialgerichte von Sachsen und Sachsen-Anhalt lehnten in drei Verfahren die Anerkennung dieser Zahlungen ab und ließen die Revision zu. Somit musste sich das BSG mit diesen Verfahren beschäftigen und sprach am 30.10.2014 die Urteile, indem es die Angelegenheit an die LSG als Tatsachengerichte mit Vorgaben für das erneute Revisionsverfahren zurückgab. In der Sache hat das BSG damals leider keine Entscheidung getroffen.

Der 5. Senat des Sächsischen LSG verhandelte nach drei Jahren am 18.1.2018 erneut die Ansprüche der beiden Kläger und erklärte diese Zahlungen als Arbeitsentgelt. Gegen diese Urteile legte der Freistaat Sachsen beim Bundessozialgericht Beschwerde wegen Nichtzulassung der Revision ein. Das BSG verwarf mit dem Beschluss vom 23.1.2019 diese Beschwerde, weil sie nicht formgerecht begründet worden ist. Das BSG verwies zwar auf die Urteile von Landessozialgerichten und traf aber in der Sache keine Entscheidung.

Das Innenministerium des Freistaates Sachsen sah darin nur Einzelentscheidungen, wartete auf drei weitere Entscheidungen des 4. Senates des Sächsischen LSG und wendete die landesgerichtliche Entscheidung nicht auf alle Antragsteller an.

In der Folgezeit trafen die LSG Mecklenburg-Vorpommern, Berlin-Brandenburg und Sachsen-Anhalt bei den anhängigen Klageverfahren die Entscheidung, dass diese Zahlungen als Arbeitsentgelt zu berücksichtigen sind. Es bildete sich eine gefestigte landessozialgerichtliche Rechtsprechung heraus. Diese Gerichte folgten den Begründungen im Beschluss des Präsidiums des Ministerrates der DDR vom 21.4.1960 über die Einführung des Wohnungs- und Verpflegungsgeldes. Es ging damals um die Erhöhung des Einkommens der Angehörigen. Deshalb betrachteten diese LSG das Verpflegungsgeld als Arbeitsentgelt.

Mit Petitionen an die Landtage, parlamentarischen Anfragen von Politikern der Partei DIE LINKE und Einflüssen der Gewerkschaft der Polizei trafen die Innenministerien der Länder

Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Sachsen-Anhalt die politische Entscheidung über die Anwendung der landesgerichtlichen Urteile für alle vorliegenden Anträge. Damit erteilten diese Länder die entsprechenden Entgeltbescheide und die Rentenversicherungen fertigten neue Rentenbescheide mit der Berechnung der neuen monatlichen Rentenzahlungen und der Nachzahlungen aus.

Das war für die Mannschaftsdienstgrade und die unteren Offiziersdienstgrade in Abhängigkeit von den Dienstjahren eine positive Entwicklung der Rentenbezüge.

Anders verhielt sich der 4. Senat des Sächsischen LSG mit den drei Urteilen vom 18.6.2019. Dieser Senat lehnte die Berücksichtigung dieser Zahlungen als Arbeitsentgelt ab und ließ die Revision nicht zu. Dagegen legte RA Bleiberg das Rechtsmittel der Beschwerde wegen Nichtzulassung der Revision beim BSG ein, weil nun zwei gegensätzliche Rechtsanwendungen vom Sächsischen LSG vertreten wurden.

Beim Freistaat Thüringen gab es eine andere Konstellation. Das Thüringer LSG bestätigte im Urteil vom 15.5.2019 das Verpflegungsgeld als Arbeitsentgelt und lehnte das Bekleidungsgeld für diese Berechnung ab. Die Revision ließ das LSG nicht zu. Die Regierung des Freistaates Thüringen war zur Anwendung dieses Urteils auf alle vorliegenden Überprüfungsanträge nicht bereit. Gegen dieses Urteil des eigenen LSG legte das Polizeiverwaltungamt Thüringen das Rechtsmittel der Beschwerde wegen Nichtzulassung der Revision beim BSG ein.

Im Beschluss des 5. Senates vom 26.2.2020 ließ das BSG die Revisionen zu. Der Freistaat Thüringen und RA Bleiberg legten die Revisionsurteile dem BSG vor.

Die Aussichten für den Ausgang der vier Revisionsverfahren waren aus der Sicht der Zuhörer der Verhandlung sehr gemischt. Das BSG hatte im Verfahren über die Anerkennung der zusätzlichen Zahlungen für einen Angehörigen der Zollverwaltung im Urteil vom 27.6.2019 diese Zahlungen als Arbeitsentgelt bereits abgelehnt.

Das gleiche Schicksal ereilte auch die vier ehemaligen Volkspolizisten nach der Verhandlung am 9.12.2020. Das BSG beschäftigte sich bereits am 30.10.2014 und 23.1.2019 mit dem Verpflegungsgeld. Leider kam es erst nach dem Urteil vom 27.6.2019 für die Zollverwaltung zur Entscheidung, dass Verpflegungs- und Bekleidungsgeld auch für die früheren Volkspolizisten kein Arbeitsentgelt für die Rentenberechnung

sind. Das Verpflegungsgeld sei nicht Bestandteil der Besoldung und keine Abgeltung für die Arbeitsleistung, sondern im Eigeninteresse des Arbeitgebers gewesen. Im Übrigen sei den Sonderversorgten auch nach der Besoldungs- und Versorgungsordnung des Ministeriums des Innern der DDR das Verpflegungsgeld nicht bei der Rentenberechnung berücksichtigt worden. Diese Auffassung lässt sich nicht widerlegen, denn zum Verpflegungs- und Bekleidungsgeld wurden keine Beiträge zur Versorgungsordnung gezahlt und sie waren auch kein Bestandteil der Rentenberechnung nach DDR-Recht.

An den Urteilsbegründungen können viele Tatsachen und juristische Interpretationen kritisiert werden, aber gegen Urteile des BSG wäre nur eine Verfassungsbeschwerde mit einem erneuten hohen Aufwand an Zeit und Geld, aber mit wenig Aussicht auf Erfolg rechtlich möglich.

Die in den 90-er Jahren festgelegte Berücksichtigung des Wohnungsgeldes als Arbeitsentgelt war nicht Gegenstand dieser Verfahren. Mit diesen Urteilen setzte sich das BSG über die gefestigte Rechtsprechung der LSG der neuen

Bundesländer hinweg und nahm die Rolle des Tatsachengerichtes ein. Die Urteile der Landessozialgerichte, die das Verpflegungs- und Bekleidungsgeld als Arbeitsentgelt bejahten, die politischen Entscheidungen der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt sowie die erhebliche Anzahl von rechtskräftigen Entgelt- und Rentenbescheiden standen außerhalb dieser Verfahren. Mit dieser juristischen Entscheidung ist der über zehnjährige Kampf um die Anerkennung dieser Zahlungen als Arbeitsentgelt beendet.

Der besondere Dank gilt Herrn Rechtsanwalt Bleiberg. In den unzähligen Verhandlungen vor den Sozialgerichten, zuletzt am 9.12.2020 vor dem BSG, vertrat er immer die Interessen seiner Mandanten.

### Wie geht es weiter?

Alle Anspruchsberechtigten, die bereits einen bestandskräftigen Entgelt- und Rentenbescheid mit der Einbeziehung von Verpflegungs- und Bekleidungsgeld besitzen, haben nun nach §45 SGB X einen rechtswidrigen begünstigen

den Verwaltungsakt. Die Reaktion der Versorgungsträger bleibt abzuwarten. Eine Änderung ist juristisch nur für die Zukunft möglich.

Wie die Rentenversicherungsträger auf die Entscheidung des BSG reagieren werden, muss abgewartet werden. Forderungen nach Rückzahlungen dürfte es nicht geben.

Die noch offenen Verfahren bei den Versorgungsträgern (Anträge nach §44 SGB X bzw. Widerspruchsverfahren) werden mit dem Hinweis auf die BSG-Urteile vom 9.12.2020 zurückgewiesen.

Darüber kann man sich empören, aber es gibt keine Rechtsmittel dagegen. In der politischen Auseinandersetzung werden sich die Ansprechpartner immer auf die Urteile des BSG berufen.

Der Streit um die Anerkennung des Verpflegungs- und Bekleidungsgeldes war eine Möglichkeit, für die sozialen Fragen der Mitglieder von ISOR e.V. unter aktuellen rechtlichen Voraussetzungen einzustehen.

\*

## Die Russland-Fanfare

### Wolfgang Kroschel

Das „Horst Wessel-Lied“ unterlag in der klandestinen Suche nach einer Sieg und Triumpf vermittelnden Musik bei der Auswahl, den die Goebbelschen Propaganda-Verbrecher im Jahre 1940 unternahmen. Es gewann ein Motiv aus der sinfonischen Dichtung „Les Préludes“ (Vorspiel, Einstimmung) aus dem Jahr 1854, mit Pauken und Trompeten aufgeblasen. Einen Komponisten gab es nicht, weil er Jude war, so dass der Name Franz Liszt nirgends erwähnt wurde.

In dieser teuflischen Logik wurde die „Russland-Fanfare“ geboren, die speziell für den Mordfeldzug gegen die „jüdisch-bolschewistische“ Sowjetunion als „Erkennungsmelodie“ für die „Siegesmeldungen“ des Oberkommandos der Wehrmacht kurz vor dem 22. Juni 1941 fertiggestellt war. Sie kündigte erstmalig im Morgengrauen jenes Tages die erste Sonder-Lügen-Meldung des Reichsrundfunks an:

*Zur Abwehr der großen Gefahr aus dem Osten ist die deutsche Wehrmacht am 22. Juni drei Uhr früh mitten in den gewaltigen Aufmarsch der feindlichen Kräfte hineingestoßen.*

Propagandaminister Goebbels hatte zur Verkündung des Unheils den Rest des in Berlin verbliebenen Diplomatischen Corps ins Gebäude des Rundfunks bestellt.

Die große europäische diplomatische Tafelrunde war zu dieser Zeit schon längst aufgehoben. Die Nachbarn Hitlerdeutschlands aus

Wien, Prag und dem Saarland waren bereits abgeföhrt, Nord- und Westeuropa als Opfer oder Vasallen ins große Maul der deutschen Faschisten gestopft und die Furcht vor diesem Schicksal in England erfolgreich geschürt.

Das Hauptgericht stand auf der Speisekarte in der Barbarossa-Gruft und las sich so:

*Befehl des Kommandeurs der Panzergruppe 4 vom 2. Mai 1941: Der Krieg gegen Sowjetrussland ist ein wesentlicher Abschnitt im Da-seinskampf des deutschen Volkes. Es ist der alte Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus. Der Kampf muss die Zertrümmerung des heutigen Russland zum Ziel haben und deshalb mit unerhörter Härte geführt werden. (...) Insbesondere gibt es keine Schonung für den Träger des heutigen russisch-bolschewistischen Systems. (...)*

An diesem Tag steckten die Köpfe der faschistischen Wirtschaftspolitik in Landwirtschaft und Industrie zusammen und legten die Grundlinien für die Ausraubung der okkupierten Gebiete der Sowjetunion fest. Sie sahen so aus:

*Der Krieg ist nur weiterzuführen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Russland ernährt wird. Hierbei werden zweifellos ... zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus*

*dem Land herausgeholt wird. Am wichtigsten ist die Bergung und der Abtransport von Ölsaaten, Ölkuchen, dann erst Getreide. Das vorhandene Fett und Fleisch wird voraussichtlich die Truppe verbrauchen.*

Die Menschen in Deutschland spürten mit dem Überfall auf die UdSSR wenn auch zunächst gefühlsmäßig, dass das ewige Siegen ein Ende haben wird. „Stalin bricht Hitler das Genick“ lautete eine von der KPD verbreitete Parole.

Und die Menschen in Moskau? Meine damaligen Kollegen im Moskauer Rundfunk, viele noch Zeugen, schilderten die Wochen und Monate als friedvolle, ja arglose Zeit. Offiziell war von einer Kriegsgefahr nichts zu spüren. Vielmehr hingen an der Wandzeitung der Moskauer Universität Anfang Juni 1941 Informationen, denen zufolge die sowjetische Seite auf entsprechende Erklärungen Deutschlands verwies, dass es nicht die Absicht habe, die UdSSR zu überfallen.

Der Schock. Die Schulabschlussfeiern im Lande waren wohl die letzten unbeschwerteten Klänge. In den Morgenstunden des 22. Juni bombardierten feindliche Flugzeuge bereits sowjetische Grenzstädte. Der Schock. Von diesem Tage an war der omnipräsente Stalin bis zum 3. Juli für die Öffentlichkeit nicht mehr zu sehen und zu hören. Dann sprach er im Rundfunk zu seinen „Brüdern und Schwestern“.

Die Schockstarre schien überwunden. Gleichwohl bestimmte vor dem Hintergrund des in den

Jahren zuvor erlittenen Aderlasses an Kommandeuren der Roten Armee und des anfänglichen Wirrwars in deren Führung die militärische Situation in der sowjetischen Verteidigung. Die Russland-Fanfare ertönte ohne Pause und die Faschisten spielten sie im Vorgefühl, zu Weihnachten in Moskaus warmen Stuben die Köstlichkeiten aus dem eroberten Land zu verschlingen.

In unsagbaren Mühen stabilisierten sich die Verteidiger. Schon am 10. Juli brachten sie die faschistische Woge bei Smolensk zum Stehen. Bis zum 10. August verringerten sie die ungebetenen Gäste um 250 Tausend Soldaten und Offiziere. Es war ein zeitlicher Gewinn für die Verteidiger Moskaus.

*Das was wir jetzt machen, sind die letzten verzweifelten Versuche, die Erstarrung im Stellungskrieg zu vermeiden. Die oberste Führung ist in ihren Mitteln sehr beschränkt. (...) Wir haben bei Kriegsbeginn mit etwa 200 feindlichen Div. gerechnet. Jetzt zählen wir bereits 360. (...)* schreibt der Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Halder am 11. August in sein Tagebuch. Einträge dieser Art werden sich bald vermehren.

Das eingeschlossene Leningrad, die Verteidigung Moskaus, bei der die Faschisten 100 km zurückgeschlagen wurden, die Heldenstädte des Landes, wie Brest, Stalingrad, Sewastopol, Kiew, der Kursker Bogen, aber auch unzählige in den Kriegsberichten nicht erwähnte Gefechte, wie sie dramatisch im Film „Im Morgengrauen ist es noch still“ als eine heldenhafte Episode von in der Roten Armee kämpfenden Frauen zum Ausdruck kommt: das alles zeigt, dass das Sowjetland nicht besiegtbar ist. In dessen kollektiver Erinnerung haben die Toten an der Front und im Hinterland, die dem Verhungern preisgegebenen Rotarmisten in faschistischen Gefangenendlagern oder die in den durch die deutsche Industrie betriebenen Konzentrationslagern ihren unauslöschlichen Platz und haben sich in die Gene der Überlebenden und ihrer Nachkommen eingegraben.

Und wenn es auch für schier unmöglich schien: Der Überfallende wähnte sich nicht als Opfer „der Deutschen“, sondern unterschied zwischen diesen und den „deutschen Faschisten“, was sich als entscheidend erwies, als unser Volk auf die Gnade, ja Gnade, der Sowjetsoldaten angewiesen war und diese großmütige Haltung trotz mancher Vorkommnisse dominierte, die in einer Flut der deutschen Verbrechen gegen das russländische Volk keinen Vergleich standhält.

Stalingrad und der Kursker Bogen, die Panzerschlacht bei Prochorowka, der größten des Zweiten Weltkrieges, durchbrachen endgültig den faschistischen Damm und gaben die strategische Initiative nicht mehr aus der Hand. Die Rote Armee befreit im Mai 1944 endgültig die Krim, kämpft in der Ukraine und in Rumänien

und nimmt erkennbar die Hauptrichtung Minsk und somit Berlin ein.

Der Platz auf dem europäischen Siegerpodest wird knapper und so lösen die USA und Großbritannien am 6. Juni 1944 ihr schon lange gegebenes Versprechen ein und landen zur Eröffnung der „2. Front“ in der Normandie.

Das ist kein Spaziergang. Letztmalig am 4. Januar 1945 führen die faschistischen Truppen einen Gegenschlag in den Ardennen, der die Landungstruppen dermaßen in Gefahr



bringt, dass der britische Premier Churchill zwei Tage später sich an das sowjetische Oberkommando mit der Bitte um Entlastung wendet.

In dieser Zeit wird erkennbar, dass die faschistische Führung auf verschiedenen Kanälen Kontakte zu den West-Alliierten knüpft, um einen Separatfrieden zu erreichen und alle Kräfte gegen die Rote Armee werfen kann. Diese hat in mehreren strategischen Operationen am 27. Januar das faschistische deutsche Vernichtungslager Auschwitz befreit, und am 30. Januar durch die 1. Belorussische Front einen Brückenkopf an der Oder errichtet und forciert den Fluss drei Tage später. Berlin liegt im Artilleriebereich ihrer Geschütze und der Zugang zu deutschen Hauptstadt beträgt keine 100 km mehr.

Anglo-amerikanische Truppen dringen bis März an den Rhein vor. Ihr Zusammentreffen im April mit den Spitzen der Roten Armee bei Torgau an der Elbe ändert nichts mehr daran, dass die rote Fahne drei Wochen später auf dem Reichstag weht.

Das internationale Ansehen der UdSSR bei den Völkern der Welt und den Ausgebeuteten in den kapitalistischen Regimes verurteilte die Westmächte zu ihrem Sieg in Westeuropa. Dadurch musste die unmittelbar drohende Etablierung revolutionär-antifaschistischer Gesellschaften in Griechenland, Italien und Frankreich verhindert werden; das Land zwischen Elbe und Atlantik durfte nicht auch noch an den gesellschaftlichen Fortschritt fallen.

Noch bevor im September 1945 der Zweite Weltkrieg auch in Asien/Fernost zu Ende ging, leiteten die USA im August mit dem Atombombenabwurf über Hiroshima und Nagasaki ihren Machtanspruch über die ganze Welt ein.

Dazu musste die Sowjetunion als Haupt-

hindernis ausgeschaltet werden. Im Innern der USA zeigte z. B. das Todesurteil gegen das – jüdische - Ehepaar Ethel und Julius Rosenberg wegen „Atomspionage für die UdSSR“ und die Verfolgungswelle gegen alle Kommunisten die Richtung an, während in der Außenpolitik die Westmächte die Abkommen der Antihitlerkoalition verließen, Deutschland 1948 durch die Währungsreform in den Westzonen spalteten und die NATO als Speerspitze gegen ihren ehemaligen Verbündeten und dessen Staatengemeinschaft richteten.

Der erste heiße Krieg begann 1950 gegen Korea und kostete innerhalb von drei Jahren vier Millionen Menschenleben, vorwiegend Koreaner und Chinesen und auch 37.000 US-Soldaten.

Aber auch die Weltfriedensbewegung erstarke in den 50er Jahren und solidarisierte sich mit der auf friedliche Koexistenz gerichtete Politik der UdSSR. Eine starke nichtpaktgebundene, auf internationale Entspannung gerichtete Staatenallianz entstand, die Völker Afrikas und Lateinamerikas lernten, sich vom kolonialen Druck zu befreien.

Wir wissen von dieser Aufbruchzeit. Wir haben sie in unserer Republik mitgestaltet. Die internationale Solidarität war eine Existenzform der DDR und prägt bis heute das Verhalten ihrer Bürger gegenüber den Menschen aus den Ländern, die inzwischen um ihre Menschenrechte auf ein würdevolles Leben, auf Gesundheit, Bildung, Wohnen und Arbeit, auf die selbstbestimmte Festlegung ihrer Entwicklungsziele betrogen wurden. Frieden und Völkerfreundschaft scheinen in unerreichbare Ferne gerückt.

Neid, Hass, Rassismus, Mord und Totschlag, Kriegsgeschrei bestimmen im Großen wie im Kleinen den Alltag. Und die alten Zuchtmeister Europas fühlen sich wieder wohl und kurven mit ihren Panzern an der russischen Grenze umher. Sie dürfen auch Atombomber kaufen.

„Wehret den Anfängen!“ Wir sind schon mittendrin. Die Russland-Fanfare wird diesmal zu Europas Totentanz blasen. Siegesmeldungen fallen aus.

Zitate nach **Förster Groehler**, „Der Zweite Weltkrieg Dokumente“, Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1989

\*

### Auch das noch:

Auf Anfrage des Geschäftsführers der PdL Jan Korte sowie die des Pressesprechers des OKV Rudolf Denner antwortete gleichlautend der Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble, der Bundestag wird und will keine besondere Veranstaltung zum Gedenken an den Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion vorsehen.

## Ehrung für Deutschlands unsterblichen Sohn

Am 18. April 2021 fand an der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals bei Berlin die Ehrung des 135. Geburtstages des Sohns der deutschen Arbeiterklasse statt. Der Vorsitzende des Freundeskreises Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals, Max Renkl, hat diese organisiert und Egon Krenz als Redner gewonnen.

Dieser leitete bei seiner Rede zur Würdigung Ernst Thälmanns von dessen ungebrochenem Kampf für Frieden über zum Heute. Erneut stehen Deutsche – zumindest lautstark medial und mit wirtschaftlichen Maßnahmen - gegen Russland. Egon Krenz verglich die faschistische Publikation „Der Untermensch“ von Heinrich Himmler zur Begründung des Ausrottungskrieges gegen die Völker der Sowjetunion mit dem, was heute die Leitmedien täglich auskippen.

Egon Krenz, der die Freie Deutsche Jugend der DDR führte, der als Staatsratsvorsitzender der DDR weltweit gern gesehener Gast war, war nach der „Wende“ dem blinden Hass der Gegner der DDR ausgesetzt. Der höchste Repräsentant der DDR wurde in einem Schauprozess für sein leidenschaftliches Engagement zur Umsetzung der Friedenspolitik der DDR und auch für den friedlichen Charakter des Umsturzes mit Haftstrafe belangt. So geht ein „Rechtsstaat“ mit Andersdenkenden um. Ungebrochen tritt Egon Krenz bis heute für seine Ideale, für unsere Ideale ein. Immer wieder ist er bereit, vor uns zu sprechen und mit treffsichereren Worten geht er auf die Absichten der Feinde des Sozialismus, der Interessenvertreter des Kapitals ein. In seiner Rede wies er darauf hin, dass bei komplizierten tagesaktuellen Fragen die alte Weisheit „Zu wessen Vorteil?“ hilft, den richtigen Kompass zu haben und zu erkennen, wo sich Lügen verstecken. Nach Egon's Rede dankte ich Max Renkl und dem Verein der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte für deren unermüdliche Arbeit. Im Namen des Vorstandes von ISOR e.V. dankte ich Egon Krenz für seine Rede vor den mehr als 100 Teilnehmern. Dieser Dank galt seinem fortwährenden Einsatz für die Ideale der DDR, für Frieden, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit. Im Vorgriff auf den 30. Jahrestag des Bestehens von ISOR e.V. überreichte ich Egon Krenz die diesem Jubiläum gewidmete Medaille mit den Worten: „Auf der Medaille steht ‚Von Freunden geehrt, von Feinden gehasst und verleumdet‘. Auf wen trifft das mehr zu als auf Dich, lieber Egon.“

Mit Egon Krenz und Rainer Rupp wurden weit vor den Auszeichnungen der besonders aktiven ISOR-Mitglieder im 30. Jahr des Bestehens von ISOR zwei Persönlichkeiten ausgezeichnet, die für Ihre Überzeugung durch Helfershelfer der Kapitalinteressen inhaftiert worden waren.

Achim Bonatz

\*

## Rede von Egon Krenz

anlässlich des 135. Geburtstages von Ernst Thälmann am 18. April 2021 in Ziegenhals

Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen, liebe Anwesende, wir halten Abstand.

Räumlich! Nicht politisch.

Wir haben das Wort nicht vergessen, das sich heute fast auf den Tag genau vor 75 Jahren Kommunisten und Sozialdemokraten auf dem Vereinigungsparteitag von SPD und KPD zur SED geben:

Brüder, in eins nun die Hände! Es ist geschichtlich anders gekommen als damals gewollt.

Trotz Niederlage bleibt aber wahr: Linke haben auch in der Gegenwart nur eine Chan-



ce, wenn sie das Gemeinsame suchen und das Trennende beiseiteschieben. Unsere politischen Gegner werden uns wieder als „unverbesserlich“ diffamieren, als „Ewiggestrige“, als Dogmatiker „in kleinen Zirkeln“, als „Gefangene unserer DDR-Vergangenheit“.

Nichts von dem sind wir. Wir sind eher die Ewigmorigen, die sich Gedanken machen um die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder für ein Deutschland, von dem nur Frieden ausgeht, der inzwischen durch die Politik der USA und ihrer Verbündeten mehr als brüchig geworden ist.

Wir denken anlässlich seines 135. Geburtstages an ihn, den Hafenarbeiter, den Kommunisten, den Parteivorsitzenden, den Abgeordneten des Deutschen Reichstages, den Präsidentschaftskandidaten der KPD, den Häftling der Nazis, wir gedenken unseres Genossen Ernst Thälmann, den seine Anhänger liebe- und achtungsvoll Teddy nannten.

Ich höre schon von rechts wie auch von links den Einwand: Er hat aber Fehler gemacht. Ja, wer macht die denn nicht?

Höher als seine Irrtümer aber steht, dass die KPD unter seiner Leitung eine Massenpartei war und über fünf Millionen Deutsche ihn wählten.

Höher als seine Irrtümer steht die Warnung: Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler und wer Hitler wählt, wählt Krieg!

Was wäre unserem Volk erspart geblieben, wenn Thälmanns Rat verwirklicht worden wäre! Und vor allem höher als seine Irrtümer steht seine Standhaftigkeit.

Er gab das Wertvollste, was er hatte, sein Leben für ein nazifreies Deutschland. Er hätte sein Leben retten können, wenn er denn abge-

schworen, wenn er seine Überzeugung verleugnet hätte.

Er blieb sich und seiner Sache treu - bis in den Tod. Allein deshalb bleibt Thälmann vor allen – wie wir in der DDR sangen „Deutschlands unsterblicher Sohn“.

Gerade auch deshalb ist es eine arglistige Täuschung schlimmster Art, wenn die AfD Plakate klebt mit dem Bildnis Thälmanns und der Aussage „Thälmann würde AfD wählen.“ Thälmann und AfD schließen einander aus wie Feuer und Wasser. Nichts aber auch gar nichts kann einen Sympathisanten Thälmanns dazu verleiten, seine Stimme der AfD zu geben. Wenn wir Thälmann ehren, vergesse ich nicht, dass wir in einem Lande leben, in dem seine Mörder nie bestraft wurden und seine Partei, die KPD, noch immer widerrechtlich verboten ist.

Wer Thälmann gerecht werden will, sollte sich für die Aufhebung des Parteiverbots und die Rehabilitierung aller Opfer des Kalten Krieges einsetzen. Und nicht zu vergessen: Gegen die rechtswidrige Verfolgung der FDJ. Ein kompetenter Zeuge, der aus bürgerlichem Hause stammende Heinrich Mann, meinte zum 50. Geburtstag Thälmanns, er gehöre zu den Helden, zu denen die proletarische Jugend aufblicken könne.

Wörtlich: „Der gefangene Ernst Thälmann ist sehr stark, viel stärker als seine Peiniger. Thälmann ist ein wirklicher Arbeiter mit starken Fäusten und einem gesunden Verstand. Der Feind, der ihn gefangen hält, stellt von allem das Gegenteil dar.“

Jährlich wird in Deutschland der mutigen Männer des 20. Juli 1944 gedacht, die ein Attentat auf Hitler wagten. Das war auch in der DDR so. Wer aber heute Stauffenbergs gedenkt, darf Thälmann nicht aus seiner Erinnerung streichen und den kommunistischen Widerstand gegen das Naziregime herabwürdigen.

Thälmann war ein glühender Anhänger der Sowjetunion.

Wem auch sonst sollte ein deutscher Kommunist seine Solidarität geben, wenn nicht jenem Land, das die Oktoberrevolution wagte und einen ausbeutungsfreien Staat aufbaute? Es gibt ihn nun nicht mehr, den Sowjetstaat. Auch wenn in Russland inzwischen kapitalistische Verhältnisse herrschen, bleibt doch wahr:

Ohne Russland wird es in der Welt und in Europa keinen Frieden geben. Das wusste schon der Eiserne Kanzler Bismarck – nur seine konservativen Nachkommen – die Nato-treuen Regierungen ignorieren dies. Sie erklären Russland – wie das in dem taufrischen Dokument „NATO 2030“ nachzulesen ist, zum „Feind“.

Russland unser Feind? Das ist Kalter Krieg kurz vor einem heißen!

Ich empfinde es als Schande, dass die Bundesregierung in Vasallentreu zu den USA dieser Politik folgt.

Als knapp Achtjähriger habe ich noch Plakate gesehen, auf denen die Russen als „Untermenschen“ dargestellt wurden. Ich fühle mich heute manchmal daran erinnert.

Die offizielle russophobe Hetze in diesem Lande ist unerträglich. An allem Bösen sind wieder einmal die „Russen Schuld“.

Weil diese antirussische Ideologie das Denken der Regierenden bestimmt, lassen sie in der herrschenden Pandemie lieber Millionen Deutsche ohne Impfschutz statt Sputnik V anzuwenden, mit dem inzwischen in mehr als 50 Ländern erfolgreich geimpft wird.

DDR-Bürger kennen aus Erfahrung die Qualität sowjetischen Impfstoffs. Auch mit seiner Hilfe wurden in der DDR solche Krankheiten wie Pocken, Kinderlähmung, Diphtherie, Tetanus, Keuchhusten, Tuberkulose und Masern so gut wie besiegt. Heute sind sie zum Teil wieder da.

80 Jahre nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion wird Russland zum Feind erklärt, sanktioniert Deutschland wieder Russland. Das ist mehr als geschichtsvergessen, haben doch 27 Millionen Sowjetmenschen ihr Leben auch für Deutschlands Freiheit vom Faschismus gegeben. Es berührt mich äußerst negativ, dass dies dem Deutschen Bundestag keine Gedenkstunde Wert ist.

Vor fünf Jahren erhielt ich von einem Studienfreund aus Moskau eine E-Mail, die immer wieder starke Emotionen in mir auslöst.

„Wir haben den Großen Vaterländischen Krieg gewonnen“, schrieb er, „und letztlich doch verloren. An unseren Grenzen steht die NATO. Fremde Truppen in der Nähe unserer Heimat erlaubt, das sollte es nach den furchtbaren Erfahrungen des deutschen Überfalls vom 22. Juni 1941 nie wieder geben. Dafür starben Millionen meiner Landsleute. Fünfundsiebzig Jahre danach wird Russland von Deutschland wieder bestraft, nicht mit einem Überfall, aber mit einem Wirtschaftskrieg und mit übler Hetze gegen mein Heimatland.“ Soweit die Gedanken meines russischen Jugendfreundes.

Die Russen haben aus ihrer Geschichte heraus ein gutes Gefühl dafür, wer ihrem Land Gutes will und wer es demütigt. Man mag manches am heutigen Russland zu kritisieren haben, nichts, aber auch garnichts kann rechtfertigen, dass auch deutsche Truppen an Russlands Grenzen stehen – egal unter welchem Vorwand. Nicht Russland hat die Nachkriegsgrenzen in Europa verändert wie der deutsche Außenminister unwissend zu wissen glaubt, sondern die NATO unter Führung der USA.

Die europäischen Nachkriegsgrenzen wurden im Februar 1945 von den drei Großen der Antihitler-Koalition in Jalta auf der schon damals russischen Krim festgestellt und verließen quer durch Deutschland und Europa.

Die NATO hat sie von der Elbe und Werra an die russische Grenze verlegt. Das kann und wird Russland niemals akzeptieren können.

Hohe ehemalige französische Offiziere üben in einem bemerkenswerten offenen Brief scharfe Kritik an dem Plan «Nato 2030». Sie verurteilen die Unterordnung Europas unter die USA und heben hervor, dass dieser Plan zwar „friedlich präsentiert“, aber mit „böswilliger Absicht“ ausgearbeitet wurde.

Was erfahren wir in diesen Tagen aus deutschen Medien? Russland verschärft die Lage, weil es an der Grenze Truppenbewegungen gebe.

Was aber ist in Deutschland nicht oder nur oberflächlich zu hören, zu sehen oder zu lesen?

Dass die Ukraine das Minsker Abkommen verletzt. Seit Wochen ihre Truppen an der Grenze zu Russland zusammenzieht, dass seit Beginn dieses Jahres die nationalistischen Kreise in der Ukraine ermutigt und geradezu angestachelt werden, ihre aggressiven Ziele gegenüber dem Donbass und Russland auf der Krim mit Waffengewalt zu verfolgen. Der Beschuss des Donbass wurde ebenso verstärkt, wie der Zufluss von immer mehr Waffen und „Ausbildern“ aus den USA und weiteren Ländern in die Ukraine. Sie rufen nach dem Eingreifen der NATO.

## Zwischenruf

Das sind wieder mal Zeiten, die sich wöchentlich auch in der „Zeit“ als Qualitätsmedium widerspiegeln. So sprach der Spiegel der „Zeit“ am 13. April von russischen Truppenverlegungen – natürlich im Modesprech „massiven“ solchen, „schwer bewaffnet“ gar seien sie rund 100 km von der ukrainischen Grenze entfernt „zusammengezogen“.

Die Qualitätsmonitore zeigten dem verängstigten Verbraucher sogar Panzer. Aus Versehen waren es aber ukrainische. Die von der „Defender“-Friedenstruppe werden noch erwartet. Und da sagt doch der Kreml, seine Truppen dort sollten Russlands Sicherheit gewährleisten und „Russland bedroht kein Land in der Welt“.

Aber dann kommt die entlarvende Frage der „Zeit“ an Außenminister Lawrow, was Russland denn dort mache. Das hat gesessen!

Und der Minister, offenbar in die Enge getrieben, weiß weiter nichts zu sagen als „Wir wohnen dort“.

Als wenn das für „Defender“ (Verteidiger, Beschützer) ein Argument wäre.

Ja, sie übten militärisch, um dort wohnen bleiben zu können. Im 80. Jahr des deutschen Überfalls eine kluge Idee.

w.k.

Besonders der neue amerikanische Präsident zündelt und heizt den Konflikt an. Welch ein Zynismus!

Die USA stationieren fern ihrer Heimat neue Soldaten, führen das Manöver Defender Europa 21 mit über 31 000 Soldaten in Russlands Nähe an und beklagen sich, dass Russland reagiert.

Thälmann zu ehren, das heißt für mich auch, seine Lebensart zu pflegen, sich gegen Lüge und Verleumdung zu wehren, bei Schwierigkeiten nicht klein beizugeben, seine Überzeugung zu verteidigen.

Es ist schwer, sich in dieser durcheinandergeratenen Welt und im Chaos Deutschlands zurecht zu finden.

Aber: Es gibt einen Kompass. Die uralte Frage der Menschheit ist heute aktueller denn je: Wem dient etwas? Wem nützt es?

Benutzen wir diesen Kompass bei jeder unserer politischen Entscheidungen. Ehren wir Thälmann, indem wir uns treu bleiben.

## Bei anderen gelesen

### Geld stinkt nicht? Von Raoul Gefroi

Diese Redensart wird dem römischen Imperator Vespasian nach der Einführung einer Urinsteuernachgesagt, die er nach dem Bau öffentlicher WC erheben ließ. Das russische Fernsehen hat am 21. März u. a. mitgeteilt, dass der Gouverneur der Region Pensa, Iwan Beloserew (ein Gebiet 550 km südöstlich von Moskau) wegen Korruptionsverdachts festgenommen worden ist. Die Behörden eröffneten gegen ihn sowie gegen den Chef der Pharmagruppe BIOTEK, Boris Spiegel, und andere Beteiligte ein Strafverfahren. Der Gouverneur wird verdächtigt, im Jahr 2020 ein Bestechungsgeld in Höhe von mindestens 31 Millionen Rubel (ca. 330.000 Euro) für staatliche Verträge für Medikamente und medizinische Produkte für die Region erhalten zu haben. Das Haus des Regierungschefs wurde durchsucht. Dort fand die Untersuchungsbehörde 420 Millionen Rubel (ca. 4,7 Millionen Euro). Wo ist das Problem? Die Russen bezeichnen dieses Geschehen als Korruption, die Deutschen, d.h. alle im Bundestag agierenden Parteien sowie nahezu alle deutschen Medien als Lobbyismus. Da verbleibt einem nur die Feststellung: Beneidenswertes Russland. Der deutsche Gesetzgeber vermochte es bis in unsere Tage nicht, den Missbrauch eines Abgeordnetenmandats durch einen Abgeordneten zur Erlangung von Vorteilen strafrechtlich zu ahnden. Mehrmals modifizierte er diesen Bereich des Strafrechts, jedoch ohne Blick für den Schutz des öffentlichen Vertrauens der Bürger in die Unkäuflichkeit der Mandatsausübung. Vespasians Erkenntnis lebt dort.

Aus grh-Mitteilungen 4-21

## Aus der Postmappe

### Erinnerung an den Tag der Befreiung 1945 in meiner Heimatstadt

Der heute so bezeichnete Tag der Befreiung war in Zschopau ein warmer Frühlingstag. Am Vormittag schien der apokalyptische Reiter in der Stadt gehaust zu haben. Im Hotel „Stadt Wien“ hatten SS-Leute, Wehrmachtsoffiziere und Zschopauer Faschisten mit ihren Frauen angesichts des Zusammenbruchs ihres Reiches ein hemmungsloses Trinkgelage veranstaltet.

Zunächst hatte es so ausgesehen, als ob gemäß des Gauleiters Befehl, „Widerstand und Kampf bis zum Letzen“, auch Zschopaus‘ Schicksal bestimmt sein sollte. Die lebensnotwendige, historische Zschopaubrücke war zur Sprengung vorbereitet. An den Zufahrtsstraßen zur Stadt waren Panzersperren errichtet. In und um die Stadt schienen sich eine SS Einheit, einige versprengte Offiziere, ein schnell organisierter „Werwolf“ und ein paar Volkssturmleute auf den „Endkampf“ vorzubereiten.

Nicht in deren Konzept passte der stellvertretende Stadtkommandant von Zschopau, Hauptmann Dr. Friedrich Wunderlich. Dieser stammte aus einer traditionellen evangelisch-methodistischen Familie. Bürgermeister Johannes Müller, in Katerstimmung, selbst SS Angehöriger, schien von der Angst befallen. Er befahl um sieben Uhr des 8. Mai den Abbau der Panzersperren und das Hissen einer weißen Fahne auf dem Rathaus. Auf Befehl von Stadtkommandant Wunderlich wurden durch die mutigen Zschopauer Bürger Otto Greßler und Hugo Eckleben die Sprengsätze in der Zschopaubrücke unbrauchbar gemacht. Die historische Brücke war damit gerettet. Danach sicherten sie den Flussübergang für die in Richtung Böhmen rollenden sowjetischen Truppen.

Um 9 Uhr fuhren zwei PKW sowjetische Offiziere am Rathaus vor. Die Stadtchronik schildert dieses Ereignis unspektakulär:

*„Sowjetische Offiziere fahren in zwei PKW vor das Rathaus, stiegen aus und rufen ein weißes Tuch schwenkend, ‚Nix schießen, Frieden!‘ Nachdem sie feststellen, dass kein Widerstand zu erwarten ist, fahren sie weiter in Richtung Grenze.“ Chronik der Stadt Zschopau“, Stadtbild Verlag Leipzig, S. 9.*

Um 10 Uhr traf eine Panzerspitze der Roten Armee in Zschopau ein. Die Kampffahrzeuge rollten vor das Rathaus und setzten dann ihren Weg in Richtung böhmische Grenze fort. Damit war die „Eroberung“ der Stadt Zschopau durch die Sowjetarmee zunächst abgeschlossen. Erst am 19. Mai trafen reguläre Einheiten der Roten Armee in Zschopau ein. Die Stadtkommandantur bestand aus dem Ortskommandanten Hauptmann Worobjow, drei Offizieren, einem Unteroffizier und einer Dolmetscherin. In Zscho-

pau gestalteten sich die städtischen Verwaltungsverhältnisse nach dem 8. Mai in folgender Weise: Zunächst hatte sich ein provisorischer Verwaltungsausschuss konstituiert, der sich aus sieben ehemaligen SPD-Mitgliedern, zwei Kommunisten und zwei Vertretern des Bürgertums zusammensetzte. Aus pragmatischen Gründen blieb Bürgermeister Müller zunächst im Amt. Als Kontrollorgan bildete sich ein Antifa-Ausschuss aus den Mitgliedern der beiden Arbeiterparteien. Dieser hatte Kontakt zu dem von den Russen noch vor Kriegsende bei Wien durch Fallschirmsprung abgesetzten Heinz Seidel. Seidel war Kommunist aus der Region und seit 1943 Angehöriger des in der UdSSR gebildeten „Nationalkomitees Freies Deutschland“. Nachdem am 19. Mai die sowjetische Kommandantur in Zschopau ihren Dienst aufgenommen hatte, ernannte der sowjetische Ortskommandant am 21. 5. 1945 Hans Seidel zum Bürgermeister von Zschopau. Das Kriegsende hatte für die Zschopauer einschneidende Auswirkungen. Neben dem Inventar anderer Betriebe wurde die gesamte Produktionsanlage des größten Motorradherstellers der Welt, DKW Zschopau, als Reparationsgut in die UdSSR nach Ijewsk verbracht. Die fünf wichtigsten Ingenieure des Werkes wurden dienstverpflichtet, leiteten den Aufbau der Anlagen im dortigen Ischmasch-Werk, als Wiedergutmachungsleistung von 1946 bis 1952. Danach kehrten sie, bis auf den Chefkonstrukteur Hermann Weber, der in der Sowjetunion infolge Krankheit verstarb, in die Heimat zurück. Mit neuen Einsichten! Einer von ihnen berichtete nach seiner Rückkehr seinen Kollegen im wieder produzierenden Motorradwerk:

„Der Sowjetmensch, wie wir ihn dort kennen gelernt haben, ist naturverbunden, er liebt und besingt seine Heimat, wo und wie er nur kann. Er ist aufgeschlossen, ehrgeizig, arbeitsam, lernbegierig und vor allem ein friedliebender Mensch, der keinen Hass kennt. Vor allem will dieser Mensch nichts vom Krieg wissen. Er hasst den Krieg, denn der Sowjetmensch weiß noch, was Krieg heißt, welche Entbehrungen und Opfer jeder Krieg mit sich bringt, denn nach allem was wir gehört und gesehen haben, diese Menschen führten wirklich totalen Krieg und haben alle Opfer gebracht, um den Sieg der gerechten Sache zuzuführen. Wir haben den Menschen achten und schätzen gelernt.“

Daran soll heute erinnert sein.

**Norbert Staffa, Großolbersdorf**

\*

### Bomben auf Serbien vor 80 und 22 Jahren

Ausgerechnet in dem Jahr, indem das serbische Volk der Opfer der Bombardierung im Jahre 1941 gedenkt, meint der BRD-Botschafter in Belgrad, Thomas Schieb, den völkerrechtswidri-

genen Bombenkrieg der NATO im Jahre 1999 verteidigen zu müssen. Im Radiosender Radio Televizija Vojvodine äußerte der Botschafter, dass diese Bombenangriffe auf das Land notwendig waren, um eine humanitäre Katastrophe und einen Völkermord zu verhindern. Das ist nicht nur undiplomatisch, das ist zynisch.

Ein hoher deutscher Diplomat sollte die Geschichte seines Landes kennen. Dann sollte er auch wissen, dass das serbische Volk während zweier Weltkriege einen von Deutschen ausgeführten Genozid erlitt.

1999 schickte die damals Rot/Grüne Bundesregierung, übrigens ohne UN-Mandat, wieder deutsche Bomber in die Region, um einen angeblichen Völkermord zu verhindern. Bomben sind auch Völkermord.

Es hätte gerade einem Botschafter aus der BRD gut zu Gesicht gestanden, angesichts des geschichtlichen Anlasses an Gedenkveranstaltungen teilzunehmen und Kränze niederzulegen, nicht aber das völkerrechtswidrige Verhalten seines Landes zu rechtfertigen.

**Wilfried Steinfath, Berlin**

\*

### Abzug aus Afghanistan

Endlich, nach 20 Jahren verlassen die US-Besatzungstruppen ein von ihnen geschundenes und zerstörtes Land, wenn auch erst am 11. September. Ohne UN-Mandat, aber dafür mit NATO-Bündnisverpflichtung, marschierten die US-Truppen und ihre blind folgenden Verbündeten ein und haben keine der Versprechungen für eine Befriedung und den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft einlösen können. Hunderttausende Tote und Gefallene auf beiden Seiten und unermessliches Elend bleiben zurück. Eine Schande sowie humanitäre Katastrophe und Deutschland hat sich dabei aktiv beteiligt. Der damit verbundene Grundgesetzverstoß, der für Zivilisten tödliche Befehl eines Bundeswehröberst und die gefallenen Soldaten führten zu keinen politischen sowie personellen Konsequenzen. Eine traurige Bilanz und wenig Hoffnung auf künftig notwendige friedenspolitisch relevanten Entscheidungen.

Was geschieht nun in und mit Afghanistan? Darauf muss die Politik dringend eine überzeugende Antwort geben. Auch mit Blick auf ähnliche Zustände im Irak, Syrien, Libyen..., wo auch ohne UN-Mandat eindrang und gesellschaftliche Strukturen mörderisch zerstört wurden sind. Zu schnell wurde auf eine kriegerische Lösung gesetzt, anstatt ernsthaft um friedliche Lösungen zu ringen.

Die Lage in und um Afghanistan, die Rolle der USA sowie NATO, einschließlich der Mitverantwortung Deutschlands, sollte die LINKE an ihre friedenspolitischen Pflichten nachdrücklich erinnern.

**Raimon Brete, Chemnitz**

\*

## Rauft euch zusammen

Es ist schon merkwürdig wie in der letzten Isoausgabe zwei Fakten, die gegensätzlicher nicht sein können uns mitgeteilt wurden und uns zum Handeln bewegen sollen. Richtig und voll zu unterstützen ist der Bericht über die Vereinigung von KPD und SPD zur SED. Es wurden die Lehren aus dem Jahr 1933 und des faschistischen Terrors gezogen. Wozu führte die Uneinigkeit der linken Parteien und aller antifaschistisch eingestellten Menschen? Keine Einigkeit herrschte über die Aussage der KPD „Wer Hitler wählt, wählt Krieg“. Einig wurde man sich erst, als sie sich in den Konzentrationslagern und Gefängnissen wieder trafen.

Welche Schlussfolgerungen sind aus dieser geschichtlichen Wahrheit zu ziehen? Ich trat Anfang der neunziger Jahre aus der PDS wegen deren unehrlicher Art uns Mitarbeitern des MfS gegenüber aus der Partei aus. Ich wurde Mitglied der DKP. Ohne es anzustreben, wurde ich in den damaligen Landesvorstand Berlin Brandenburg gewählt.

Heute gehöre ich keiner Partei mehr an. Die Gründe dafür sind vielseitig und haben auch mit der wieder zu erkennenden Uneinigkeit der Linken zu tun. Links denken und handeln gehört jedoch heute wie damals zu meinem Lebensinhalt. Zur letzten Bundestagswahl wurde ich von einem Mitglied der DKP aus Strausberg um eine entsprechende Unterschrift gebeten. Damals wie heute lehnte ich ab. Warum?

Die DKP wird es in keiner Weise schaffen, die Fünfprozenthürde zu überwinden. Mit ihre Kandidatur schwächen sie das Ergebnis der Linkspartei. Würden sie gemeinsam gehen und nachdem jeder über seinen Schatten gesprungen ist, würde

die Linke sicher mit 1,5 bis 2 Prozent besser abschneiden. Es ist also heute wie 1933 die Frage zu stellen: Was muss erst passieren, dass es ein gemeinsames linkes Handeln gegen die noch vorhandene Übermacht des Kapitals geben wird.

Ich bitte die Vorstände der DKP und Der Linken des Landes Brandenburg, rauft euch zusammen, geht gemeinsam in den Wahlkampf und zieht gestärkt für Frieden und Gerechtigkeit in den Bundestag ein. **Wolfgang Drabsch, TIG Templin**

Bestellung per „autor-und-verlag-heidig@gmx.de“ ISBN 978-3-00-067567-6, 171 Seiten, 5,80 Euro

Die westliche Demokratie ist vorgeblich das Muster, welches in die gesamte Welt zu tragen ist. Danach werden Staaten beurteilt. Wenn diese Maßstäbe angeblich nicht eingehalten werden, dann gilt dies als Rechtfertigung für jegliche Strafmaßnahmen, Sanktionen und Kriege. Diese vorgeblichen hochwertigen Maßstäbe der westlichen Wertegemeinschaft bricht u.a. auch der deutsche Staat.

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus, sagt das Grundgesetz. Diese Festlegung wird im Leben absurd geführt. Heidig zeigt, wie Politiker ihr Amt als Pfründe sehen und missbrauchen. Er zeigt die krassen Unterschiede europäischer Staaten in der Bevorteilung der Konzerne. Deutschland bevorteilt seine Konzerne EU-weit bei der Körperschaftsteuer am stärksten. Er weist nach, der deutsche Staat ist kapitalgesteuert. Heidig zeigt, im Osten haben seit 1998 die durchschnittlichen Bruttoeinkommen fast den gleichen Abstand zu den Einkünften im Westen beibehalten – und das bei längeren Arbeitszeiten. Im Osten bestehe auch noch 2020 ein niedriges Rentenniveau. Dort liegt der Anteil von Renten unter 1000 Euro bei etwa 40 Prozent. Der Durchschnitt der alten Bundesländer beträgt dabei 27,8 Prozent. Zudem besitzen die Rentner in den alten Bundesländern signifikant mehr Wohneigenum, Aktienkapital sowie weitere Betriebsrenten. Auch die Scheinselbständigkeit ist im Osten deutlich stärker ausgeprägt. Das alte Herrschaftsprinzip „teile und herrsche“ wird durch diese „Wertmaßstäbe“ umgesetzt.

**Achim Bonatz**

## Lesenswert

### Gerlind und Horst Jäkel

#### DDR – unser Erbe

Verlag „medienpunkt potsdam“

ISBN: 978-3-00-066688-9.

Beitrag 19 Euro plus Porto.

IBAN: DE 61 160 50000 450 101 2566

Zu beziehen über: Horst Jäkel,

Geschwister-Scholl-Straße 6, 14471 Potsdam.

Die Einnahmen werden für Cuba Si gespendet.

Gerlind und Horst Jäkel geben jährlich ein Buch mit Geschichten über die DDR heraus. Hier schreiben Prominente aber auch Bürger wie Du und ich ihre Erlebnisse in der DDR auf.

\*

Selbstverlag Jürgen Heidig Hamburg

**„Das Demokratietötende staatliche Herrschaftsprinzip des deutschen Monopol- und Finanzkapitals – frei nach den Thesen der „Gewaltenteilung“ des Charles-Louis de Secondat, Baron de La Bréde de Montesquieu**

## Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,  
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 28.04.2021

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.05.2021

Einstellung im Internet: 04.06.2021

Auslieferung: 09.1206.2021

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030) -29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: http://www.isor-sozialverein.de

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr  
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16